

Diffuse Gefühle: Wie Einkommensunterschiede in Österreich bewertet werden

*Florian Baumgarten, Julia Hofmann**

ZUSAMMENFASSUNG

Seit Jahrzehnten dokumentieren Umfragen die Beunruhigung der österreichischen Bevölkerung über (wachsensende) soziale Ungleichheit. Maßnahmen zur Ungleichheitsreduktion scheinen dennoch weitgehend gesellschaftlich umstritten. Dieser Beitrag untersucht mittels Fokusgruppen unterschiedliche Assoziationen von Respondent:innen bei gebräuchlichen Fragen zu Einkommensungleichheit in Surveys. Die qualitative Auswertung zeigt die Vielfalt an Deutungen und hinterfragt folglich die Konstruktvalidität klassischer Survey-Items. Konsens herrschte in den Fokusgruppen über die wichtige Rolle genderspezifischer Einkommensungleichheiten und die Dominanz des Leistungsprinzips, dessen Definition selbst allerdings hart umkämpft ist. Zudem artikulieren Teilnehmer:innen Ohnmachtsgefühle hinsichtlich der Umsetzbarkeit von Maßnahmen zur Ungleichheitsreduktion, die etwa auf Staats- und Elitenskepsis zurückzuführen sind. Schließlich zeigt die Studie Fluidität von Ungleichheitseinstellungen, die sich beispielsweise in inkonsistentem Antwortverhalten in den Fokusgruppen äußert, sowie ein Phänomen, das als „Reden über andere“ bezeichnet werden kann.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Einkommensungleichheit, Einstellung, Itemvalidität, Gruppendiskussion, qualitative Sozialforschung

JEL-CODES

D31, D63, C18

DOI

10.59288/wug491.172

* *Florian Baumgarten*

Kontakt: florian.baumgarten@caritas-wien.at

Julia Hofmann: Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik,
Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Kontakt: julia.hofmann@akwien.at

1. Einleitung

Es vergeht kaum ein Monat, in dem in den Medien nicht darüber berichtet wird, dass die in Österreich lebenden Menschen das Ausmaß der sozialen Ungleichheit im Land beunruhigt. So zeigte unlängst die Neujahrsumfrage des Linzer Market Institutes, dass ein Auseinanderdriften von Arm und Reich die größte Sorge der österreichischen Bevölkerung für 2023 ist (Seidl 2023).

Auch in regelmäßig stattfindenden internationalen Umfrageprogrammen, wie dem International Social Survey Programme (ISSP) oder dem European Social Survey (ESS), wird das Ausmaß der sozialen Ungleichheit stets als wichtiges gesellschaftliches Problem adressiert. Zur einleitenden Veranschaulichung: Der Aussage „Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu groß“ stimmen in den ISSP-Erhebungen seit 2009 konstant rund 88 % der Befragten in Österreich zu. Die Einschätzung, dass „der Staat Maßnahmen ergreifen [sollte], um Einkommensunterschiede zu reduzieren“, teilten 2019 rund 80 % der Befragten und damit sogar um 6 % mehr als 2009 (ISSP 2009/2019; eigene Berechnungen).

Dieser weitreichende gesellschaftliche Konsens steht in gewisser Weise in Widerspruch zu den gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten in Hinblick auf etwaige Maßnahmen zur Ungleichheitsreduktion. So wird die soziale Schere zwar oft beanstandet, Maßnahmen zu ihrer Reduktion werden aber aus unterschiedlichen Gründen nicht gesetzt und sind (wie etwa die Erbschaftsteuer) auch gesellschaftlich durchaus umstritten. Wie der französische Historiker Pierre Rosanvallon (2013, 13) argumentiert, geht „das diffuse Gefühl, dass die Ungleichheiten ›zu groß‹ [...] seien [...] mit einer unausgesprochenen Akzeptanz ihrer vielfältigen konkreten Ausdrucksformen einher sowie mit einem Widerstand, etwas gegen sie unternehmen zu wollen. Daher rührt die Tatsache, dass eine soziale Unzufriedenheit, die vermutlich von einer großen Mehrheit geteilt wird, mit einer praktischen Passivität gegenüber dem Gesamtsystem der Ungleichheiten zusammentrifft.“

Der weitreichende gesellschaftliche Konsens in Bezug auf die Bewertung der (Einkommens-)Ungleichheit in Österreich ließ auch uns in einem Forschungsprojekt, auf dem der vorliegende Artikel aufbaut, nach dessen Ursprüngen und Gründen, aber auch nach den unterschiedlichen Assoziationen und Deutungen von Ungleichheit fragen. Ziel dieser Studie war es, hinter die prozentuell so hohe Zahl an Zustimmung zu Aussagen wie „Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu groß“ zu blicken und sich zu fragen: Warum stimmen so viele Menschen in Österreich diesen Aussagen zu? Welche (Sub-)Themen assoziieren sie mit den Aussagen? Kommen bestimmte Assoziationen bzw. Deutungen bei bestimmten sozialen Gruppen (Män-

ner*/Frauen*¹, Jüngere/Ältere, Städter:innen, auf dem Land Lebende ...) eher vor als bei anderen, und wenn ja, warum? Und schließlich: Unter welchen Bedingungen hat die Zustimmung zu diesen Aussagen auch Konsequenzen für die Unterstützung von politischen Maßnahmen zur Ungleichheitsreduktion? Die Studie soll somit einen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte rund um die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und zu Fragen rund um deren Legitimität leisten. Eine tiefergehende Analyse der unterschiedlichen Deutungsmuster sozialer Ungleichheit kann unserer Ansicht nach auch dabei helfen, die Ergebnisse von Meinungsumfragen besser einzuschätzen und zu kontextualisieren sowie die wesentlichen Kritikpunkte am Ausmaß der Ungleichheit aus Sicht der Bevölkerung klarer herauszulesen.

2. Theorie und Stand der Forschung

Die Untersuchung von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit hat in der Soziologie eine lange Tradition. Ungleichheitseinstellungen sind ein guter Indikator für die Akzeptanz bzw. Kritik an der gegenwärtigen Ungleichheitsstruktur in einem Land: Je geringer die Kritik am Ausmaß sozialer Ungleichheit ist, desto eher wird davon ausgegangen, dass die soziale Struktur (und die dahinterliegenden Reproduktionsmechanismen) gesellschaftlich akzeptiert werden. Die Forschung zeigt, dass ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften per se akzeptiert wird (Janmaat 2013). Das konkrete Ausmaß von Ungleichheit (etwa die Vermögenswerte von Superreichen wie Elon Musk) sowie die Voraussetzungen, unter denen dieses als legitim verstanden wird, sind jedoch höchst umstritten (Becker/Hadjar 2011; Hadjar 2008).

Ob und welche Ungleichheiten akzeptiert bzw. kritisiert werden, hängt stark davon ab, wie man die Welt sieht, das heißt, mit welchen Normen und Werten man auf Fragen der sozialen Ungleichheit blickt. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die sogenannten Gerechtigkeitsprinzipien. In der Gerechtigkeitsforschung unterscheidet man im Allgemeinen vier Prinzipien, nach denen eine Verteilung als gerecht oder ungerecht bewertet werden kann: das Leistungs-, das Bedarfs-, das Gleichheits- und das Statusprinzip (Hülle et al. 2018, Adriaans et al. 2019). In der empirischen Forschung wird die Zustimmung zum Leistungsprinzip meist anhand von Aussagen gemessen, wie z. B., dass es gerecht sei, dass *„hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere“*. Das Bedarfsprinzip wird demgegenüber mit Aussagen wie *„Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben“* gemessen. Das Gleichheits-

1 An diesen und folgenden Stellen sind als weiblich oder männlich gelesene Personen gemeint.

prinzip wird über die Zustimmung zu Aussagen wie *„Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind“* eingefangen und das Statusprinzip über Aussagen wie *„Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen können“*.

Das Leistungsprinzip ist mehr oder weniger die „Grundnorm“ aller kapitalistischen Gesellschaften. Wie empirische Studien zeigen, gibt es in modernen Gesellschaften aber durchaus auch Zustimmung zu den anderen drei Gerechtigkeitsprinzipien. Diese stehen zwar manchmal explizit in Widerspruch zum Leistungsprinzip, meist ziehen die Menschen allerdings eine Mischung der unterschiedlichen Prinzipien zur Bewertung von Ungleichheiten heran (etwa Altreiter et al. 2019). So spricht sich in Österreich gleichzeitig eine überwiegende Mehrheit (rund 91 %) für das Leistungsprinzip und für das Bedarfsprinzip (82 %) aus. Das Gleichheitsprinzip befürworten hingegen nur rund 55 %, und noch deutlich geringer ist die Zustimmung zum Statusprinzip mit nur 19 % (Hofmann et al. 2020).

Die Dominanz des Leistungsprinzips ist besonders zentral für die Frage, warum soziale Ungleichheiten vielfach zwar diffus beanstandet werden (Rosanvallon 2013), gleichzeitig aber über Jahrzehnte mehr oder weniger stabil bleiben bzw. sich sogar verschärfen. Über die hohe Zustimmung zum Leistungsprinzip werden die Mechanismen sozialer Ungleichheit legitimiert. Parallel eignet sich das Leistungsprinzip selbst zur Kritik, indem etwa gleiche Bezahlung für gleiche Leistung eingefordert wird (zu unterschiedlichen Verwendungsweisen des Leistungsprinzips entlang diverser Solidaritätskonfigurationen siehe etwa Altreiter et al. 2019). Hinzu kommt eine Entwicklung, die u. a. Dörre (2023) mit dem Begriff der „demobilisierten Klassengesellschaft“ beschreibt: Die Wiederkehr der sozialen Frage spiegelt sich gegenwärtig zwar in einer großen Kritik am Ausmaß sozialer Ungleichheit wider. Aufgrund verschiedener Faktoren (weitreichende politische Ohnmachtsgefühle, kaum alternative politische Akteur:innen, die als wirkungsmächtig wahrgenommen werden) formiert sich aber aus dieser umfassenden Kritik kein politischer Widerstand, bzw. wenn doch, dann eher eine „rückwärtsgewandte Revolte“ in Form eines höheren Zuspruches zu rechten oder gar rechtsradikalen Strömungen.

Wie vielfach gezeigt wurde, sind Wahrnehmungen und Einstellungen durch individuelle Faktoren wie Alter, Gender, formales Bildungsniveau oder soziale Herkunft geprägt. Dies gilt auch für Ungleichheitseinstellungen: So kritisieren Frauen* soziale Ungleichheiten in der Regel stärker als Männer* (Gijssberts 2002). Gleiches gilt für Personen mit formal höherem Bildungsniveau (Bucca 2016; Robinson/Bell 1978). Die Rolle, die die soziale Herkunft in Bezug auf Ungleichheitseinstellungen spielt, wird

in der Literatur ambivalent beurteilt (Robinson/Bell 1978; Kluegel/Smith 1981): So kommen manche Studien zu dem Schluss, dass ein niedrigerer sozioökonomischer Status mit einer höheren Ungleichheitskritik einhergeht, andere Studien verweisen jedoch auf die Verbindung von höherem sozioökonomischem Status und einem formal höheren Bildungsniveau und finden daher auch einen positiven Zusammenhang zwischen einer starken Ungleichheitskritik und einem höheren sozioökonomischen Status (für Österreich z. B. Melchior/Schürz 2015; Weiss/Hofmann 2016). Auch Erfahrungen mit sozialer Mobilität können in diesem Zusammenhang relevant sein: So fanden Mijs et al. (2022) beispielsweise heraus, dass Personen, die sozial aufwärts mobil sind, eher meritokratischen Argumentationsmustern folgen und damit soziale Ungleichheiten stärker legitimieren.

Außer Streit steht jedoch, dass abhängig von der eigenen Position im sozialen Raum auf unterschiedliche kulturelle Kapitalien (Bourdieu 1985 u. 1987), Grenzziehungsmuster (Lamont 1992 u. 2002) oder kulturelle Deutungsmuster (Sachweh 2010) zurückgegriffen werden kann. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen sozialräumlichen Biografien reagieren also auf „andere“ Ungleichheiten, wenn sie ihre Zustimmung in Meinungsumfragen kundtun. Allerdings determiniert der soziale Raum soziale Handlungen niemals vollständig (Lamont et al. 2014). Für Ungleichheitseinstellungen heißt das z. B., dass unterschiedliche nationale Kontexte unterschiedliche (kulturelle) Wahrnehmungs- und Grenzziehungsmuster (Lamont 1992 u. 2002; Lamont/Molnár 2002; Pachucki et al. 2007) zur Verfügung stellen können: So zeigen sich in ländervergleichenden Studien etwa deutliche Unterschiede bei der Legitimation von Ungleichheiten bei Personen ähnlicher Klassenlagen: Während französische Arbeiter:innen Ungleichheiten stärker entlang unterstellter niedrigerer bzw. höherer Intelligenz legitimieren, sehen US-amerikanische Arbeiter:innen Klassenungleichheit eher aufgrund von vermeintlich weniger bzw. mehr Leistung legitimiert (Lamont 2002, 219). Gleichzeitig zeigt sich, dass Angehörige unterschiedlicher Klassenlagen sowohl in Frankreich als auch den USA verschiedene Verständnisse für Moral besitzen oder dieselben Werte unterschiedlich interpretieren (ebenda, 53).

Daher ist auch die Frage, was genau als Leistung verstanden wird, umkämpft und abhängig von der eigenen Position im sozialen Raum. Neckel et al. (2008) zeigen etwa für Deutschland, dass die Kriterien, die herangezogen werden, um einen Erfolg als „selbst erarbeitet“ ausweisen zu können, sich je nach sozialem Status unterscheiden. So sind etwa Mühe, Korrektheit oder Ausdauer für formal geringer qualifizierte Personen ausschlaggebender für die Zuschreibung einer „hohen Leistung“. Demgegenüber betonen formal höher qualifizierte Personen stärker die spezifischen Potenziale einer Person.

Auch was als fair bzw. unfair hohes oder niedriges Einkommen erachtet wird, kann von der sozialen Position geprägt sein. So zeigt etwa Sachweh (2010), dass sich bei der Bewertung von Ungleichheiten Personen, die von materieller Deprivation betroffen sind, hauptsächlich mit Menschen im sozialen Nahbereich bzw. jenen, die weiter unten in der Gesellschaft stehen, vergleichen. Sachweh weist dieser Handlung auch ein selbstwertschützendes Potenzial zu.

Ebenfalls zu beachten ist, dass das Erkennen derselben Ungleichheiten nicht automatisch zur selben präferierten Lösungsstrategie führen muss. Einerseits identifiziert Sachweh (2011) eine gewisse Naturalisierung sozialer Ungleichheiten, indem diese als unvermeidlich gedeutet werden – eine Entwicklung, die für diese Arbeit weniger Relevanz hat, da die Personen im Fokus überwiegend der Aussage zustimmen, dass der Wohlfahrtsstaat Maßnahmen zur Reduktion von Ungleichheiten ergreifen sollte. Andererseits, und dies ist viel wichtiger, zeigen sich unterschiedliche Einstellungen zu Arten von Maßnahmen. Leslie McCall (2013, 213 f. u. 217) diskutiert etwa Ambivalenzen der US-amerikanischen Bevölkerung hinsichtlich geeigneter Maßnahmen der Ungleichheitsreduktion bei steigender Besorgnis über wachsende soziale Ungleichheiten. Hier kann an den aus Umverteilungsperspektive ebenfalls ambivalenten Befund der ländervergleichenden Studie von Lucy Barnes (2015), die u. a. Deutschland und Dänemark umfasst, angeschlossen werden. Dieser zufolge wird zwar mehrheitlich einer Struktur von Steuersystemen zugestimmt, die von oben nach unten umverteilt, die aber gleichzeitig möglichst niedrige Steuerniveaus beinhalten soll. Barnes (2022) hält außerdem fest, dass sich entlang der Einstellungen zur und des Glaubens an die Wirtschaft die steuerlichen Präferenzen maßgeblich unterscheiden.

Zusammenfassend weist die Literatur darauf hin, dass das, was von Menschen als ungleich wahrgenommen wird, höchst unterschiedlich sein kann. Daher sind auch die Bewertungskriterien für die Akzeptanz und Kritik sozialer Ungleichheit gesellschaftlich umkämpft. Generell gilt jedoch, dass eine höhere Akzeptanz der Mechanismen sozialer Ungleichheit dazu führt, dass soziale Ungleichheiten weniger stark kritisiert werden. Allerdings führt eine größere Kritik am Ausmaß sozialer Ungleichheit wie eine Infragestellung der dahinterstehenden Ungleichheitsmechanismen nicht automatisch zu einer Unterstützung von ungleichheitsreduzierenden Maßnahmen, da beispielsweise politische Ohnmachtsgefühle die subjektiven Handlungsspielräume einengen und damit die Handlungsbereitschaft reduzieren oder liberale Grundhaltungen elementare Vorbehalte gegenüber staatlichen Eingriffen bedingen.

3. Datenkorpus und Methoden

In der Einstellungsforschung zu Fragen sozialer Ungleichheiten werden üblicherweise quantitative Befragungen bzw. qualitative Einzelinterviews durchgeführt. Wir haben uns demgegenüber für Fokusgruppen als Methode entschieden. Die Methode der Fokusgruppen findet man in diesem Subforschungsfeld eher selten (z. B. Summers et al. 2022; für Österreich Schürz/Schmidbauer 2009). Wenn Fokusgruppen im Bereich der Ungleichheitseinstellungen angewandt werden, dann werden sie meist eingesetzt, um gesellschaftliche Konsense oder Dissense bzw. deren Grundlagen offenzulegen.

Unserer Ansicht nach sind Fokusgruppen besonders gut geeignet, um unterschiedliche Deutungsmuster sozialer Ungleichheit offenzulegen (dazu auch Lamnek/Krell 2016; Vogl 2022). Einstellungen werden im sozialen Raum geprägt. Dieser wirkt auf kognitive Wahrnehmungsschemata, moralische Gerechtigkeitsprinzipien und persönliche Erfahrungen. Gleichzeitig sind Einstellungen auch nichts Fixes, sondern werden im sozialen Raum permanent neu verhandelt. Einstellungen entstehen somit in zeitlicher und sozialräumlicher Relation und werden besonders deutlich in der Interaktion mit anderen. Fokusgruppen sind wie ein „Mikrokosmos“ der sozialen Welt und können diese täglichen Erfahrungen der Aushandlungsprozesse abbilden. Sie ermöglichen es daher, zeitliche und sozialräumliche Prozesse der Formierung von Einstellungen offenzulegen. Durch die sozialen Interaktionen in Fokusgruppen können Forscher:innen auch nachvollziehen, wann welche Informationen verhandelt und wie sie von den Teilnehmer:innen für die eigenen Einstellungen verarbeitet werden.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir im Mai 2022 acht Fokusgruppen in ganz Österreich, aufgeteilt auf vier Regionen, durchgeführt, an denen insgesamt 48 Personen teilnahmen (pro Fokusgruppe zwischen fünf und sieben Teilnehmer:innen). Es gab keine Leitfragen, die durch die Gruppendiskussion führten, sondern wir ließen die Teilnehmer:innen offen zwei Standardaussagen aus der quantitativen Einstellungsforschung diskutieren. Nach Analyse der gängigen Items, die u. a. im European Social Survey (ESS), dem International Social Survey Programme (ISSP) oder der European Value Study (EVS) verwendet werden, entschieden wir uns für folgende zwei Aussagen, die u. a. in den Ungleichheitsmodulen des ISSP abgefragt werden:

1. *„Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu groß“* (Bewertung des Ist-Zustandes)
2. *„Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu reduzieren“* (Bewertung des Soll-Zustandes)

Die acht Fokusgruppen liefen alle nach einem ähnlichen Schema ab: Im Anschluss an eine kurze Begrüßung und eine kurze, einleitende Ice-Breaker-Frage („*Wo und wie würden Sie gerne leben?*“) wurde die erste Aussage („*Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu groß*“) von der Moderation vorgelesen. Danach wurden die Teilnehmer:innen gebeten, die Hand zu heben, wenn sie dieser Aussage zustimmen, und anschließend den anderen Teilnehmer:innen mitzuteilen, warum sie dies (nicht) tun. Daraus entspann sich in allen Fokusgruppen eine Diskussion, in der die Teilnehmer:innen entweder Aspekte ergänzten, die ihnen als besonders relevant erschienen, oder den Aussagen anderer widersprachen. Aufgabe der Moderation war es, so wenig wie möglich in den Diskussionsverlauf einzugreifen und lediglich darauf zu achten, dass alle sich an der Diskussion beteiligten, und nur nachzufragen, um die Teilnehmer:innen zu bitten, ihre Argumente näher zu erläutern bzw. einen Bezug dieser zu eigenen Erfahrungen herzustellen (Moore et al. 2015). Sobald sich die Diskussion um die erste Aussage erschöpfte, wurde die zweite Aussage („*Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu reduzieren*“) vorgelesen, und das Prozedere (Abstimmung, Austausch der Argumente und Erfahrungen in der Gruppe) wurde wiederholt. Nach rund 45–50 Minuten wurden die Fokusgruppen jeweils durch die Moderation beendet. Da die Diskussion der ersten Aussage meist erst recht spät erschöpft war, wurde die zweite Aussage in Relation wesentlich kürzer diskutiert. Die Analyse und die Ergebnisdarstellung konzentrieren sich daher auch auf die Diskussion der ersten Aussage.

Eine Fokusgruppe (im Raum Wien) fand analog statt, die anderen wurden pandemiebedingt online durchgeführt.² Um größtmögliche Heterogenität, aber auch eine gewisse Repräsentanz herzustellen, entschieden wir uns für folgende Sampling-Kriterien bei der Auswahl der Teilnehmer:innen: erstens Wohnort im städtischen bzw. ländlichen Raum, zweitens formales Bildungsniveau (hoch, mittel, niedrig) sowie drittens Geschlecht und Alter. Jeweils vier Fokusgruppen fanden mit Personen aus dem urbanen (Wien, Innsbruck, Linz, Graz) bzw. dem ruralen Raum (Niederösterreich/Burgenland, Steiermark/Kärnten, Salzburg/Oberösterreich, Tirol/Vorarl-

2 Schon vor der Pandemie gab es in der Sozialforschung einen Trend hin zur vermehrten Durchführung von Online-Fokusgruppen, die Pandemie hat diesen Trend aber besonders beschleunigt. Online-Fokusgruppen sind nicht nur mit geringeren Kosten verbunden, sie ermöglichen auch eine größere räumliche wie zeitliche Flexibilität, was die Bereitschaft zur Teilnahme sowie die Heterogenität potenzieller Teilnehmer:innen erhöht. Gerade Personen mit wenig Zeit (z. B. Frauen mit Mehrfachbelastungen) oder Personen, die an entlegenen Orten wohnen, können leichter über Online-Fokusgruppen erreicht werden. Online-Fokusgruppen schließen allerdings auch Personen aus, z. B. jene, die keinen Zugang zu technischen Geräten bzw. keine/geringe IT-Erfahrung haben. Auch das Diskussionssetting unterscheidet sich bei Live-Formaten von jenem bei Online-Formaten: Während bei Live-Formaten nonverbale Kommunikation (Mimik, Gestik) durchaus eine Rolle für den Diskussionsverlauf spielen kann, fällt diese bei Online-Formaten fast gänzlich weg. Man ist stärker darauf angewiesen, dass die Teilnehmer:innen sich möglichst klar verbal ausdrücken (können). Online fällt es schlussendlich weniger schnell auf, wenn sich Teilnehmer:innen aus einer Diskussion herausnehmen, weswegen in der Regel dazu geraten wird, Online-Gruppen mit weniger Teilnehmer:innen zu organisieren (Stewart/Shamdasani 2017; Santhosh et al. 2020).

berg) statt. Um mögliche Bildungseffekte auf das Antwortverhalten gut abbilden zu können, entschieden wir uns für vier Fokusgruppen mit „gemischtem formalem Bildungsniveau“ und jeweils zwei mit „niedrigem“ (ISCED 0–3) bzw. „hohem formalem Bildungsniveau“ (ISCED 6–8). Es wurde auch darauf geachtet, dass an jeder Fokusgruppe ca. gleich viele Männer* wie Frauen* teilnahmen und das Alter der Teilnehmer:innen (zwischen 23 und 70 Jahren) innerhalb der Gruppen möglichst divers war. Die Rekrutierung in ganz Österreich erfolgte über ein Meinungsforschungsinstitut. Für die Teilnahme an den Online-Gruppendiskussionen gab es Incentives in der Höhe von 25 Euro, an der analogen Diskussion in der Höhe von 35 Euro pro Person.

Um die Teilnehmer:innen sozialstatistisch besser einordnen zu können, wurden sie weiters gebeten, vorab einen kurzen Fragebogen zu ihrer Person auszufüllen (Sozialstatistikauszug siehe Anhang)³. Schon hier zeigte sich mit unerwartet häufigen und langen Phasen der Arbeitslosigkeit (siehe Anhang) eine erste Überraschung – ein Umstand, der aufgrund des gewählten Designtyps nicht näher beleuchtet werden konnte, auf den bei anschließenden Arbeiten aber geachtet werden kann. Des Weiteren wurde deutlich, dass Menschen mit Migrationsgeschichte kaum erreicht werden konnten. Im Sinne der Repräsentanz und der konzeptionellen Sättigung ist in weiteren Arbeiten auf deren Einschluss verstärkt zu achten.

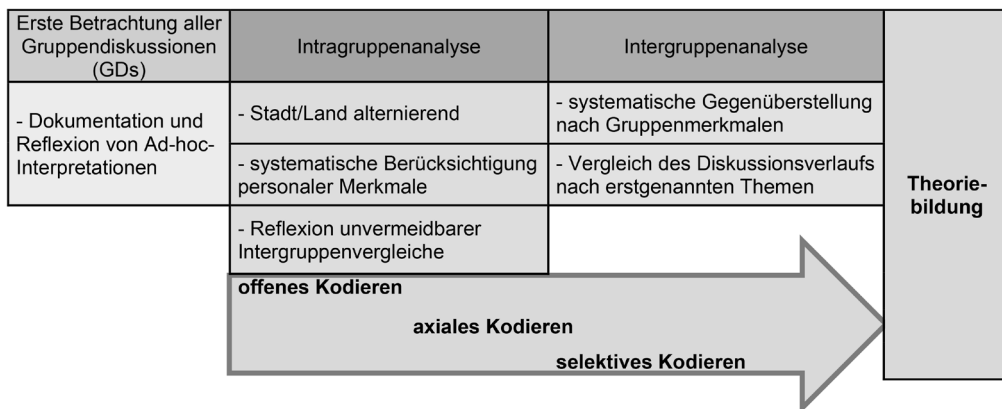
Schlussendlich wurden die Teilnehmer:innen bereits im Fragebogen vorab mit den beiden Aussagen konfrontiert, die in den Fokusgruppen näher diskutiert wurden. Ziel war es, herauszufinden, ob sich der Antwortkontext (alleiniges Ausfüllen des Fragebogens vs. Diskussion der Aussagen gemeinsam in der Gruppe) auf das Antwortverhalten auswirkt.

Da unsere Fragestellungen einerseits auf manifeste Inhalte und andererseits auf latente Sinnzuschreibungen abzielen, entschieden wir uns für eine Auswertung mittels des Kodierparadigmas der Grounded Theory Methodologie (GTM; dazu etwa Corbin/Strauss 1990 u. 2014; Strauss 1987). So war es uns einerseits möglich, Themen und Assoziationsketten zu identifizieren und andererseits Einstellungen und Motive sozialräumlich verstehend nachzuvollziehen. Ferner unterstützt die GTM in der Tradition nach Strauss und Corbin einen explorativen, experimentellen Zugang sowie einen offenen und reflexiven Umgang mit Vorwissen (dazu etwa auch Breuer/Muckel 2016; Strübing 2021).

3 Inkl. Informationen zu Alter, Geschlecht, Wohnort, Haushaltsgröße und Kindern, Wohnform (Miete, kreditbelastetes oder unbelastetes Eigentum), formalem Bildungsniveau (auch der Eltern), Migrationshintergrund (auch der Eltern), Beruf und beruflichem Status (auch der Eltern), Arbeitslosigkeitserfahrung sowie Einkommen und Auskommen mit dem Einkommen.

Die Betonung der Situativität, wie sie etwa von Clarke (2011) vorgeschlagen wird, scheint uns speziell in Gruppendiskussionen sinnvoll. Analog zur Idee der Erhebungsmethode – einer alltagsnahen Aushandlung von Einstellungen – wurde in der Auswertung besonders auf interaktionistische und gruppendynamische Momente geachtet. Beispielhaft hierfür auf Intragruppenebene ist die Analyse von Deutungen in Abhängigkeit von der Interaktion zwischen Teilnehmer:innen unterschiedlicher wie ähnlicher Biografien. Bei der Intergruppenperspektive steht der Gruppenvergleich in Abhängigkeit von Gruppenzusammensetzungen (weiblich* vs. männlich* dominierte Gruppen, Gruppen mit heterogenen vs. homogenen Bildungsniveaus etc.) oder die Betrachtung der Gruppen abhängig von erstgenannten Assoziationen im Mittelpunkt. Dieses Vorgehen entspricht auch dem komparativen Wesen der GTM, die wesentlich auf minimalen und maximalen Vergleichen aufbaut.

Abbildung 1: Auswertungsprozess



Quelle: eigene Darstellung

Im Kontext der Diskussion um Gütekriterien in der qualitativen Sozialforschung (etwa Flick 2022; Strübing et al. 2018; zu Letzterem kritisch z. B. Schröder/Schmidtke 2021; Sonntag 2023) wurde darauf geachtet, den gesamten Forschungsprozess transparent sowie die Ergebnisdiskussion intersubjektiv nachvollziehbar und damit anschlussfähig (Small/McCrory Calarco 2022) zu gestalten. Ein wechselseitiges Befragen von Theorie und Empirie, wie in GTM-Verfahren üblich (Corbin/Strauss 2014; Strauss 1987), ist der Grundbaustein für hohe Sättigung und theoretische Durchdringung (Strübing 2021).

4. Empirische Ergebnisse

4.1 Assoziationen und Themen

In den acht Gruppendiskussionen (GD) zeigte sich eine sehr große Bandbreite an durch die vorgelegten Aussagen hervorgerufenen Assoziationen, die wir im Folgenden näher beschreiben wollen.

Im Allgemeinen fällt auf, dass die von den Teilnehmer:innen diskutierten Themen und Assoziationen sich häufig nicht nur eng auf Fragen der Einkommensungleichheit konzentrieren, sondern auch immer wieder soziale Ungleichheiten im weiteren Sinne (z.B. Vermögens- oder Chancenungleichheiten) in die Diskussion eingebracht werden. Auffallend ist auch, dass in den Assoziationen nicht nur die Ungleichheit (also die Relation zwischen Gruppen, z. B. dass eine soziale Gruppe „fairerweise“ mehr bekommt als eine andere) im Zentrum der Überlegungen stehen. Häufig werden zusätzlich auch individuelle Aspekte, wie die Finanzierung des Lebens, zur Begründung der Bewertung von Ungleichheiten als Argument vorgebracht (z. B. dass ein Einkommen zu gering zum Leben ist).

Interessant ist zudem, wie deutlich sich in den Gruppendiskussionen zeigt, dass – wie weiter oben bereits erwähnt – Einstellungen nichts Fixes sind, sondern in sozialen Kontexten neu geformt werden können: Fast ein Drittel der Teilnehmer:innen antwortete in den Gruppendiskussionen inkonsistent, d. h. anders als vorab im Fragebogen kundgetan. Dieser doch überraschend hohe Wert ließ uns nach etwaigen Gemeinsamkeiten bei den „unsicheren Personen“ suchen: So sind Personen mit niedriger formaler Bildung inkonsistenter im Antwortverhalten als jene mit Studienabschluss. Dies passt zu anderen Befunden aus der Einstellungsforschung, die zeigen, dass ein höheres formelles Bildungsniveau die Möglichkeit zu mehr und längerer Reflexion bietet und damit auch zu einer größeren Stabilität von Einstellungsmustern beitragen kann, wenn auch nicht muss (Bucca 2016; Robinson/Bell 1978). Auch argumentieren Männer* inkonsistenter als Frauen*. Aus der Einstellungsforschung ist bekannt, dass Frauen* sozialen Ungleichheiten im Allgemeinen kritischer gegenüberstehen und auch umverteilende Maßnahmen stärker unterstützen als Männer* (Gijsberts 2002). Eine nähere Analyse der Gründe für dieses doch *überraschend* inkonsistente Antwortverhalten wäre angesichts ihrer potenziellen Einflüsse auf die Validität der gewählten Items eine durchaus lohnenswerte Aufgabe zukünftiger Forschung.

Schlussendlich finden wir in den Gruppendiskussionen Hinweise auf ein Phänomen, das wir als „Reden über andere“ bezeichnen: Hiermit ist eine deutliche Dominanz in den Diskussionen gemeint, die auf unspezifischen Alltagshypothesen aufbaut und kaum auf (eigene) biografische Erfahrungen zurückgreift (vgl. die klassischen „Stammtischdiskussionen“, z. B.: „*Ich habe mal gehört, dass XX sehr gut/sehr schlecht verdient*“). Dies könnte grundsätzlich auf das Format der Fokusgruppendiskussionen zurückzuführen sein: Personen, die sich nicht kennen, diskutieren in kurzer Zeit (unter Umständen kontroverse) Themen. Da kann es leichtfallen, in der Argumentation „ferne Referenzen“ als eigene Erfahrungen einzubringen. Es könnte aber auch auf die Auswahl der Diskussionsteilnehmer:innen zurückzuführen sein, z. B. dass nur Personen an den Diskussionen teilgenommen haben, die selbst keine Ungleichheitserfahrungen (z. B. niedrige Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse ...) haben. Um dies ausschließen zu können, haben wir uns den sozialen Status der Teilnehmer:innen näher angesehen: So gaben 27 Teilnehmer:innen vorab an, ihr Einkommen reiche „gerade so“ oder „nicht“ zum Überleben aus, wobei eine weite Einkommensschere zwischen 400 Euro und 2.000 Euro erkennbar ist. Zusätzlich scheinen auch jene Teilnehmer:innen seltener auf persönliche Erfahrungen zurückzugreifen, die selbst in den Gruppendiskussionen berichten, von Ungleichheiten betroffen zu sein.

Die folgenden vier großen Assoziationsblöcke haben sich als am relevantesten für die Diskussion rund um Einkommensungleichheiten herauskristallisiert:

- genderspezifische Einkommensungleichheiten (v. a. der Gender-Pay-Gap und die veränderte Rolle auf dem Arbeitsmarkt durch eine Mutterschaft),
- Einkommensungleichheiten zwischen Branchen und innerhalb der Betriebe
- die Absicherung nach unten sowie
- als exorbitant wahrgenommene Einkommen

Ob und wie diese Aspekte auch als unfair thematisiert werden, hängt stark von den jeweiligen Gerechtigkeitsprinzipien der Teilnehmer:innen ab. Generell dominieren in den Diskussionen rund um die Legitimierung hoher Einkommen – dem Leistungsprinzip folgend – meist zwei Aspekte: einerseits eine höhere Verantwortung im Job, andererseits ein höheres vorangegangenes Investment in höhere Bildung. Das heißt, Personengruppen, denen eine hohe Verantwortung im Job und/oder ein langer vorangegangener Bildungsweg zugeschrieben werden, wird das höhere Einkommen auch gegönnt. Dies schließt allerdings nicht aus, dass Kritik an der Einkommensungleichheit per se geübt und beispielsweise eine Absicherung nach unten oder die Beschneidung exorbitanter Einkommen gefordert wird.

Hinsichtlich möglicher Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit werden in den Gruppen allgemein Vermögensteuern und Mindestlöhne bzw. „Löhne, von denen man leben kann“ thematisiert. Ebenso oft werden allerdings Ohnmachtsgefühle artikuliert, die besonders deutlich werden, wenn die Teilnehmer:innen angeben, nicht zu wissen, was man überhaupt gegen Ungleichheit tun könne bzw. eine große Umsetzungskepsis gegenüber bestehenden Lösungsvorschlägen äußern.

Im Folgenden werden die vier oben genannten Assoziationsblöcke aus der Perspektive der Diskussionsteilnehmer:innen, die darin verhandelten Gerechtigkeitsprinzipien und die diskutierten möglichen Lösungen gegen hohe (Einkommens-)Ungleichheit näher dargestellt. Es wird weiters gezeigt, welche sozialen Gruppen besonders für welche Argumente offen sind und ob die Zusammensetzung der Gruppen einen Einfluss auf die besprochenen Themen und Inhalte hat.

4.2 Deskriptive Darstellung

4.2.1 Genderspezifische Einkommensungleichheiten

Genderspezifische Einkommensungleichheiten werden sehr prominent – etwa in der Hälfte der Gruppen sogar als erstes Thema – in die Diskussionen eingebracht. Die beiden wesentlichen Assoziationen sind zum einen der Gender-Pay-Gap und zum anderen die Benachteiligungen, die eine Mutterschaft in der Arbeitswelt mit sich bringt. Der Gender-Pay-Gap wird mehr oder weniger einstimmig als „zu hoch“ und als „ungerecht“ bewertet. Nur vereinzelt relativieren Teilnehmer:innen genderspezifische Ungleichbezahlung oder nehmen diese nicht wahr. Einkommensungleichheiten sollen, so die dominante Ansicht in den Gruppendiskussionen, nicht auf Basis von zugeschriebenen Genderrollen entstehen:

Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Das gehört gleichgestellt, die Frauen arbeiten oft mehr als die Männer. Muss ich auch sagen. Das sollte schon gleich sein, wenn man die gleiche Leistung bringt und die gleiche Verantwortung hat, sollte das gleich sein.
(Teilnehmerin aus GD Tirol & Vorarlberg, 8)

Die Teilnehmer:innen greifen in ihren Bewertungen hinsichtlich des Gender-Pay-Gaps einerseits auf das Gleichheitsprinzip zurück: Zwischen Mann* und Frau* gäbe es per se keine nennenswerten Unterschiede. Andererseits findet auch das Leistungsprinzip Anwendung: Einkommensunterschiede zwischen Arbeitnehmer:innen sollen auf Basis individueller Leistungsunterschiede und nicht aufgrund des Geschlechts entstehen. Zu der Frage, ob diese individuellen Leistungsunterschiede

allerdings „frei“ gewählt werden können, gibt es aber unterschiedliche Wahrnehmungen und Deutungen. Eine sehr anschauliche Diskussion rund um die „(fehlende) Leistungsbereitschaft von Frauen*“ wurde in der GD aus Salzburg und Oberösterreich geführt:

Teilnehmerin A: [...] *Wo ich das große Problem sehe, ist der Gender-Pay-Gap. Ich bekomme weniger bezahlt als Frau als der Mann.*

Teilnehmerin B: *Man muss auch schauen wegen Teilzeitarbeit, weil 50 Prozent unserer lieben Frauen Teilzeit arbeiten und deswegen so viel weniger haben. Und das auch wollen. [...] Und dann hätten sie gerne mehr.*

A: *Ich habe lange 40 Stunden gearbeitet und weniger bekommen als meine männlichen Kollegen und nicht deshalb, weil ich weniger Berufserfahrung hatte.*

B: *Das mag schon sein, aber ist es generell so? Es gibt Branchen wie Versicherungen, Banken, Magistrat, Staat, wo kein Gender-Gap besteht. Aber es könnte vorkommen, dass es in der Privatwirtschaft so ist. Aber viele Branchen machen von vornherein keinen Unterschied. Mein Lebensgefährte ist bei der Bank, und da bekommen die Frauen genauso viel. Ich war bei einer Versicherung, und da ist es auch so.*

(Teilnehmer:innen aus GD Salzburg & OÖ, 25)

Die thematisierten Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt von Müttern umfassen sowohl direkte Benachteiligungen im Bewerbungsprozess als auch Aspekte der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, meist in Zusammenhang gebracht mit dem Mangel an adäquaten Kinderbetreuungsplätzen oder aufgrund der patriarchalen Organisation der Familie:

Ich finde auch, dass es sehr ungleich ist, weil man als Frau die Möglichkeit viel weniger hat, in einem Betrieb anzufangen, als ein Mann. Sobald man Kinder hat, heißt es gleich: „Wer bleibt bei den Kindern? Was ist mit denen, wenn sie krank sind?“ Der Mann wird das gar nicht gefragt, das ist nur bei Frauen. Das finde ich schon mal sehr ungerecht.

(Teilnehmerin aus GD Linz, 16)

Bei diesen Argumenten ergeben sich in der Auswertung interessante Unterschiede nach dem Geschlecht der Teilnehmer:innen: Während sich zum Gender-Pay-Gap auch vielfach Männer* äußern und die Situation als „zu ungleich“ bewerten, sind Benachteiligungen durch Mutterschaft fast ausschließlich (bis auf eine Wortmeldung) ein von Frauen* eingebrachtes Thema. Hingegen zeigen sich weder entlang der Differenzierung Stadt/Land noch entlang unterschiedlicher Bildungsabschlüsse interpretierbare Muster in Intensität oder Häufigkeit der Assoziationen betreffend wahrgenommene Geschlechterungleichheiten. Im Umkehrschluss weisen die

Daten darauf hin, dass Ungleichheiten betreffend das Geschlecht unabhängig vom Bildungsabschluss für alle Personengruppen in urbanen und ländlichen Räumen als relevant wahrgenommen werden.

4.2.2 Einkommensungleichheiten zwischen Branchen und innerhalb der Betriebe

Auch Einkommensunterschiede zwischen Branchen und innerhalb von Betrieben werden in vielen Gruppen diskutiert. Der Einzelhandel, körpernahe Dienstleistungen (wie beispielsweise das Friseurwesen), die Reinigung und die Gastronomie werden von den Teilnehmer:innen als Branchen mit (zu) geringen Einkommen, Politik und Verwaltung (vereinzelt auch unspezifisch „*die akademischen Berufe*“) als Branchen mit (zu) hohen Einkommen genannt:

Eine Verkäuferin oder Friseurin verdient das Unterste und der IT-Techniker verdient 3.000 Euro. Der andere verdient 1.500. Und arbeitet gleich viel. Vielleicht arbeitet er körperlich schwerer als der andere.

(Teilnehmerin aus GD Innsbruck, 12)

Hier finden sich in der Argumentation häufig auch Schnittstellen zu genderspezifischen Ungleichheiten, etwa wenn mit „*zu geringen Einkommen*“ Einkommen in weiblich* dominierten Branchen wie dem Einzelhandel oder der Pflege assoziiert werden. Diese Verschränkung ist im vorhergehenden Zitat schon implizit als Wissensbestand vorhanden, wird doch die Verkäuferin oder die Friseurin dem IT-Techniker gegenübergestellt.

Wie beim oberen Zitat auch ersichtlich wird, ist die Körperlichkeit von Arbeit ein weiterer wichtiger Aspekt. Körperlichkeit wird in den Diskussionen genutzt, um Leistung zu „belegen“ und angemessene Entlohnung zu fordern, etwa indem als körperlich anstrengend wahrgenommene Arbeit mit Büroarbeit verglichen wird:

Eine Friseurin steht den ganzen Tag, die steht den ganzen Tag. Auch die Putzkraft, was die sich bewegt, das ist der Wahnsinn. So eine Bürotante bewegt sich nicht so viel, die den ganzen Tag herumsitzt. Das ist nicht böse gemeint. Aber von der körperlichen Arbeit her gibt es viele Unterschiede. (Teilnehmerin aus GD Linz, 34)

Neben branchenspezifischen Ungleichheiten werden auch innerbetriebliche Ungleichheiten in die Diskussionen um „*zu hohe Einkommensungleichheit*“ eingebracht. Allerdings verschwimmen hier oft die Grenzen, und es kommt in vielen Aussagen

zu einer Verschränkung von Branchen- und innerbetrieblichen Ungleichheiten. Anschaulich werden diese Verschränkungen in folgendem Zitat, in dem Einkommen für körperlich harte Arbeit betriebs- und branchenunspezifisch mit den Gehältern von Manager:innen (im oder außerhalb des Betriebs) und/oder Politiker:innen verglichen werden:

Ja, weil ich einfach finde, dass zwischen den einzelnen Branchen die Ungerechtigkeit so groß ist, wenn ich an Managergehälter in einer Firma denke oder an jemanden, der dort im Reinigungsbereich arbeitet, oder jemanden, der am Bau arbeitet, oder, wie auch immer, Friseure, die haben einen Riesenstress, das ist auch anstrengend, die werden aber nicht entsprechend bezahlt. Das ist nicht in Ordnung. Die Einkommensschere, die es gibt, das ist eine Frechheit, gelinde gesagt. Das lässt sich für mich nicht nachvollziehen, dass ein Politiker oder Manager so viel mehr bekommt als einer, der körperlich hart arbeitet. Das ist für mich auch genauso was wert. Das sollte entsprechend bezahlt werden.

(Teilnehmerin aus GD NÖ & Nordburgenland, 22)

Zwar ist auch bei der Bewertung von Branchen- und innerbetrieblichen Ungleichheiten das Leistungsprinzip das dominante Gerechtigkeitsprinzip. Vereinzelt finden sich aber auch Beispiele, die auf eine Mischform des Leistungs- und Bedarfsprinzips (sehr selten auch des Gleichheitsprinzips) hinweisen oder gar nur das Bedarfsprinzip zur Grundlage haben:

Ich meine, nach Berufsgruppen wird unterschiedlich gezahlt, okay. Aber wenn ich im Verkauf oder im Büro 1.500 brutto für Vollzeit kriege, dann ist das leider nicht genug. Für niemanden. Vielleicht für Berufsanfänger, aber sicher nicht, wenn man über 20 ist. Andere Berufe werden einfach zu gut bezahlt, aber die sind zu schlecht bezahlt.

(Teilnehmerin aus GD Innsbruck, 12)

In wenigen Fällen, in denen etwa von „Freunderlwirtschaft“ gesprochen wird, wird auch die Ablehnung des Statusprinzips (meist insbesondere in Abgrenzung zum Leistungsprinzip) explizit zum Ausdruck gebracht:

Ja. Leistungsorientiert ist definitiv ein Begriff und nicht jetzt titelorientiert oder die liebe Freunderlwirtschaft, wie wir es in Österreich so gut kennen. Ich finde, eine gute Leistung gehört honoriert – und nicht aufgrund von Rang, Titel, Name oder Freundschaft, sondern wenn ich eine gewisse Leistung erbringe, dann soll das auch honoriert werden. Und zwar für jeden gleich.

(Teilnehmer aus GD NÖ & Burgenland, 55)

Insgesamt werden Assoziationen von innerbetrieblichen Einkommensungleichheiten vorwiegend in städtischen Gruppendiskussionen von Teilnehmer:innen mit hoher formaler Bildung artikuliert, während branchenspezifische Ungleichheiten auch in ländlichen Gebieten von Teilnehmer:innen mit unterschiedlichsten Bildungsabschlüssen thematisiert werden. An der Diskussion beteiligten sich Frauen* und Männer* qualitativ wie quantitativ gleichermaßen.

4.2.3 Zu niedrige Einkommen

Besonders viel Emotion lösen in den Diskussionen die Themen (zu) niedrige Einkommen, Armut oder nicht mehr leistbare Lebenshaltungskosten aus. Die im Bedarfsprinzip angesiedelte Idee, dass man (von seiner Arbeit) leben können muss, wird in den Diskussionen auch mehr oder weniger außer Streit gestellt:

[...] ich finde schon, dass die Basis einfach mehr sein muss. [...] Ich sehe das selbst bei meinen Eltern von der Schule, da denke ich mir, Wahnsinn, das sind auch keine Dummen oder Faulen, die nicht wollen. Die haben zwei, drei Jobs, wirklich. Putzen, zum Billa, alles Mögliche.

(Teilnehmerin aus GD NÖ & Burgenland, 32)

In diesem Zusammenhang werden auch tagespolitisch aktuelle Aspekte wie die Teuerung in die Diskussionen eingebracht. Nicht nur das schiere Überleben soll mit dem Einkommen gesichert werden, sondern auch gewisse Formen der gesellschaftlichen Teilhabe, wie beispielsweise Friseurbesuche oder ein Urlaub:

Ich sehe das auch bei Bekannten, Verwandten, die früher einfach normal gelebt haben, um noch mal auf die Energiekosten zurückzukommen, die wirklich jetzt schon sagen, sie verzichten auf ihren Sommerurlaub und werden auch das Weihnachtsgeld auf die Seite legen, um die Abrechnung vom Strom bezahlen zu können. Damit sie Geld zum Essen haben. Das war vorher nie ein Thema.

(Teilnehmerin aus GD Kärnten, Steiermark & Südburgenland, 21)

Bedarfe werden von den Teilnehmer:innen dabei höchst unterschiedlich definiert. Während manche aus einer eher privilegierten Position relative Wohlstandsverluste artikulieren, weil beispielsweise Eigentum kaum noch leistbar sei, sprechen andere davon, mit der Invaliditätspension kaum über die Runden zu kommen. Als Maßstab für nötige Konsum- und Energieausgaben wird meist der eigene Lebensstandard bzw. jener des eigenen sozialen Umfelds herangezogen.

Insbesondere in den Gruppendiskussionen im Westen Österreichs (GD Tirol und Vorarlberg Land sowie GD Innsbruck) wird oft auch die Teuerung beim Wohnen angesprochen. Wohnraum wird intensiv als „nicht mehr leistbar“ diskutiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Fakt, dass hier der Großteil der Teilnehmer:innen unabhängig vom Alter bereits im Wohneigentum wohnt. Man ist aber überwiegend der Ansicht, dass sich aufgrund der hohen Grundstückspreise heute kaum jemand mehr Wohneigentum leisten könne. In einer Situation wurde auch von einer persönlichen Erfahrung berichtet – eine Teilnehmerin erzählte vom Wegzug ihrer Tochter:

Ich muss auch sagen, meine Tochter wollte hierbleiben, sie ist jetzt in die Steiermark ausgewandert. Da hat sie sich eine Wohnung gekauft. Sie ist jetzt mit drei Kindern in die Steiermark gezogen. Das ist schon drei Jahre her, aber sie sagt, sie verdient unten viel mehr. Sie ist Friseurin. Die Gründerkosten sind weniger. Wenn man Essen geht in den Buschenschanken, da ist es viel lustiger. Sie hat gesagt, sie kommt sicher nicht mehr nach Tirol. Wegen des Wohnraums ist sie gegangen, weil man es sich hier nicht mehr leisten kann. [...] Sie kommt nicht mehr zurück. Das hat sie gleich gesagt. [...] Sie verdient dort 200 Euro mehr für die gleiche Stundenanzahl. Natürlich kann man sich das überlegen, was man tut, als junger Mensch. Wenn das Leben nicht leistbar ist in Tirol. Wenn man sich keine Wohnung anzahlen will [...] Irgendwo muss man ja wohnen.

(Teilnehmerin aus GD Tirol & Vorarlberg, 11–13)

Alternativen zum Wohnungseigentum wurden in den Gruppendiskussionen im Westen Österreichs demgegenüber kaum diskutiert. Auch hier zeigt sich also besonders deutlich, dass der eigene Lebensstandard als soziale Norm gesetzt und für die Bewertung von Ungleichheiten herangezogen wird.

In Hinblick auf den eigenen Lebensstandard bleibt abschließend festzuhalten, dass zu niedrige Einkommen von allen Menschen – unabhängig vom Geschlecht oder dem formalen Bildungsabschluss sowie in städtischen und ländlichen Regionen gleichermaßen – als problematisch thematisiert werden. Dass eine Mehrheit der Assoziationen von Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium artikuliert wird, ist auf die Dominanz des Themas in der Grazer Gruppendiskussion zurückzuführen. Schließt man hier eine Diskussion um die kommunistische Bürgermeisterin Elke Kahr aus, relativiert sich diese Dominanz maßgeblich. Viel wesentlicher ist – wie an späterer Stelle genauer ausgeführt wird – der Grad der Homo- bzw. Heterogenität bei den Gruppenzusammensetzungen hinsichtlich der formalen Bildungsabschlüsse.

4.2.4 Zu hohe Einkommen

Die als zu niedrig wahrgenommenen Einkommen werden in den Diskussionen vielfach mit den als zu hoch empfundenen Einkommen kontrastiert, womit in den Diskussionen auch ein „klassischer“ Ausgangspunkt für einen Umverteilungsdiskurs gesetzt wird. Manager:innen- und Politiker:innengehälter sind zwei oft gewählte Beispiele für Personen mit „zu hohen Einkommen“:

[Das] sind natürlich schon so perverse Ausmaße, in denen wir uns befinden, dass es einfach nicht mehr rechtfertigbar ist, dass einzelne Leute so viel verdienen, wo sie eben nicht ausschlaggebend für den Erfolg eines Unternehmens alleine zuständig sind.

(Teilnehmer aus GD Wien, 39)

Bei der Frage, ab wann ein Mehr an Einkommen nicht mehr über bloße Leistung legitimierbar ist oder auch welche Leistung überhaupt als legitim anerkannt wird, zeigt sich besonders deutlich, wie umkämpft das Leistungsprinzip als Bewertungsgrundlage ist. Neben der oben bereits diskutierten Gegenüberstellung von „körperlich harter Arbeit“ und Büroarbeit wurde in den Diskussionen z. B. die Frage aufgeworfen, bis zu welchem Ausmaß höhere Einkommen durch ein Mehr an (personeller oder finanzieller) Verantwortung oder (zeitlichem) Engagement akzeptierbar wären:

Ich bin ein bisschen altbacken vielleicht [...]. Ich weiß halt jetzt von dezidiert meinem Chef. Ich beneide ihn nicht und finde schon, er verdient mehr wie ich, aber zu Recht [...]. Die Verantwortung, die Leute führen, sich abgeben mit diesem Personal, was ja auch nicht immer einfach ist.

(Teilnehmerin aus GD Wien, 39)

[V]on dem Topmanager im Bereich von meinem Mann, weil der geht nicht um vier Uhr nach Hause und lässt den Bleistift fallen. Wo ich mir denke, den sehe ich die ganze Woche nicht, okay, er verdient dafür.

(Teilnehmerin aus GD NÖ & Nordburgenland, 32)

Sehr hohe Einkommen werden in den Diskussionen akzeptiert und legitimiert, wenn sie als Abtausch gegen ein Mehr an Freizeit erachtet werden. Immer wieder wird auf die Idee einer individuellen Entscheidung, ob man mehr Arbeit und mehr Geld oder eine bessere Work-Life-Balance haben wolle, hingewiesen:

Es gibt definitiv Gehälter in den oberen Führungsebenen, da bin ich total dabei, die einfach astronomisch, das ist das richtige Wort, sind. Das Problem ist, ich persönlich

gehe nicht arbeiten, um Geld zu verdienen, dass ich davon nichts habe. Also es gibt dieses Zauberwort, die Work-Life-Balance. Das trifft bei den Topverdienern einfach nicht mehr zu, die haben zwar jede Menge Geld und vielleicht ein teures Auto und diverse andere Luxusgüter, aber sie haben nichts davon.

(Teilnehmer aus GD NÖ & Nordburgenland, 24)

So gut wie alle Teilnehmer:innen sind sich – unabhängig vom Geschlecht, dem Wohnort oder dem formalen Bildungsabschluss – zwar einig, dass manche Einkommen viel zu hoch wären, wo die Grenze zu Exorbitanz allerdings liegt, bleibt offen. In der Regel werden die hohen Einkommen in den Diskussionen eher mit Verweis auf das Leistungsprinzip legitimiert.

4.2.5 Was tun gegen zu hohe (Einkommens-)Ungleichheit?

In den Debatten rund um mögliche Maßnahmen gegen die allgemein als „zu hoch“ wahrgenommene Einkommensungleichheit werden v. a. folgende Aspekte eingebracht: erstens die Herstellung von Chancengleichheit, zweitens ein „Deckel nach unten“ (z. B. über höhere Mindestlöhne) sowie drittens eine (höhere) Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen als ein möglicher „Deckel nach oben“.

Bei den Überlegungen zur Herstellung von Chancengleichheit werden die Ursachen für zu niedrige Einkommen meist in der Vererbung des sozialen Status verortet und gleiche Chancen, insbesondere im Zugang zu Bildung, als mögliche Lösung diskutiert. Höhere Mindestlöhne, allerdings meist ohne genaue Definition der konkreten Höhe, werden weiters als ein Weg thematisiert, um die Einkommensungleichheit am unteren Ende etwas einzudämmen. Schlussendlich werfen in sechs der acht Diskussionen Teilnehmer:innen Vermögensteuern als einen möglichen „Deckel nach oben“ und Möglichkeit zur Umverteilung der finanziellen Ressourcen in die Diskussion ein:

Vermögensteuer, Erbschaftsteuer. [...] ich möchte nicht, dass jemand das Elternhaus verliert, weil er die Erbschaftsteuer davon nicht zahlen kann, aber es gibt Leute, die Erben ganze Immobiliendynastien, wo sie nie wohnen werden, weil das Spekulationsobjekte sind.

(Teilnehmerin aus GD Graz, 19)

Auffällig ist allerdings, dass die Überlegungen zu den Maßnahmen gegen „zu hohe“ Einkommensungleichheit häufig von Gefühlsregungen begleitet werden, die sich als Ohnmachtsgefühle interpretieren lassen. Hier sind insbesondere zwei von Bedeu-

tung: „umsetzungskritische Ohnmachtsgefühle“ sowie Gefühle der Ideenlosigkeit bzw. des Nichtwissens. Erstere zeigen sich zum Beispiel, wenn Zweifel darüber geäußert werden, dass sich Vermögensteuern realpolitisch umsetzen lassen bzw. dass nur aufgrund der Mehreinnahmen diese auch gerecht verteilt werden. Hier wird besonders deutlich, dass eine tiefe Skepsis und Ohnmacht gegenüber dem Staat und den Eliten, die politisch Einfluss nehmen, empfunden wird:

Teilnehmer A: [...] *Aber ich sehe das so, wie die anderen das gesagt haben, dass die [Politiker:innen] viel zu viel verdienen. Und sie werden sich nicht [durch höhere Einkommens- oder Vermögensteuern] in das eigene Fleisch schneiden.*

Teilnehmer B: *Das ist garantiert.*

(Teilnehmer:innen aus GD Tirol & Vorarlberg, 30)

Diese Ohnmacht gegenüber dem Staat und den Eliten kommt sehr intensiv auch an anderen Stellen zum Ausdruck. Erkennbar wird sie in Diskussionsausschnitten wie den folgenden:

Geld regiert die Welt, und wenn ich Geld habe, dann kann ich die alle zum Schweigen bringen.

(Teilnehmer aus GD Wien, 43)

Das ist ein Selbstbedienungsladen geworden, es sind viele politisch nicht mehr interessiert. Dann werden sich die Eliten den Kuchen aufteilen, ganz normal, wenn keiner nachfragt.

(Teilnehmer aus GD Kärnten, Steiermark & Südburgenland, 23)

Gefühle der Ideenlosigkeit bzw. des Nichtwissens zeigen sich hingegen, wenn die Einkommensungleichheit zwischen Gruppen (hier des Öfteren zwischen Frauen* und Männern*) als „zu hoch“ bewertet wird, die Teilnehmer:innen aber keine konkreten Ideen zur Verbesserung hervorbringen können, weil sie sich mit der Frage nach Maßnahmen bislang nicht auseinandergesetzt haben oder alle Ideen bislang politisch scheiterten:

Das [Einkommen] muss rauf. Aber wie das geht, keine Ahnung.

(Teilnehmerin aus GD NÖ & Nordburgenland, 34)

Diese Ohnmachtsgefühle verhindern in gewisser Weise auch die fruchtbare Diskussion um Zustimmungen zu verschiedenen Arten staatlicher Maßnahmen. Regelmäßig verhindern Aussagen wie „Geld regiert die Welt“ (Teilnehmer aus GD Wien, 43), dass Grenzen und Potenziale von Vorschlägen ausgelotet werden. Das Vertrauen in

Institutionen des Sozialstaates scheint an jenen Stellen derart gering, dass eine staatliche Maßnahme mit dem Ziel, Ungleichheit zu verringern, kaum denkbar scheint. Ähnliches gilt für Gefühle der Ideenlosigkeit. Wenn keine Instrumente zur Reduktion von Ungleichheit oder die grundsätzlichen Potenziale sozialstaatlicher Eingriffe bekannt bzw. vorstellbar sind, lässt sich schwer über diese diskutieren. Um hingegen von anderen Teilnehmer:innen eingebrachte Vorschläge gänzlich durchzudiskutieren, fehlte vielfach die Zeit. Dieser Umstand ist, wie schon im Methodenteil angemerkt, darauf zurückzuführen, dass die erste Aussage zur Einkommensungleichheit relativ lang und somit die nachfolgende zweite Aussage zu Maßnahmen des Sozialstaates relativ kurz diskutiert wurde. Die begrenzte Zeit der Gruppendiskussionen spiegelt sich somit auch in der Analyse und Ergebnisdarstellung wider.

4.3 Zur Bedeutung von Gruppendynamiken

Gruppendiskussionen sind als Methode nicht nur interessant, weil sie die Verhandlungen über unterschiedliche Deutungen sozialer Ungleichheit gut offenlegen, sie geben Forscher:innen auch die Möglichkeit einer gruppendynamischen und interaktionistischen Analyse. Dieser liegt die Annahme zugrunde, dass unterschiedliche Gruppenzusammensetzungen unterschiedliche Potenziale für Assoziationsketten bieten. Sie kommen jenen sozialen Konstellationen am nächsten, die wir „Alltag“ nennen. Wir möchten daher zum Abschluss der empirischen Analyse noch kurz auf mögliche Effekte der Gruppenzusammensetzungen auf die Diskussionen eingehen. Besonderes Augenmerk haben wir in diesem Zusammenhang auf die Geschlechterverhältnisse, Stadt-Land- sowie Bildungsunterschiede in den Gruppen gelegt.

Hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse lassen sich keine relevanten Unterschiede zwischen Fokusgruppen, die quantitativ weiblich* oder männlich* dominiert bzw. ausgeglichen waren, erkennen. Auch die marginalen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gruppen erscheinen zufällig bzw. lassen sich anhand dieses Materials nicht schlüssig interpretieren. Deutliche Unterschiede allerdings bringt die Gegenüberstellung von Fokusgruppen mit weitgehend niedriger oder hoher formaler Bildung auf der einen Seite und gemischter formaler Bildung auf der anderen Seite.⁴ In den nach Bildungsniveau homogeneren Fokusgruppen wird intensiver über Ungleichheiten diskutiert, und es werden Themen angesprochen, die man als klassenbezogen definieren könnte, wie etwa unterschiedliche Startvoraussetzungen von Menschen und ihre unterschiedliche soziale Herkunft. Demgegenüber wird in

4 Jeweils zwei Gruppen formal niedriger bzw. hoher sowie vier Gruppen gemischter formaler Bildung. Das Verhältnis der Regionalität wurde bewusst ausgewogen gehalten, sodass etwa die vier gemischten Gruppen aus zwei städtischen und zwei ländlichen Regionen rekrutiert wurden.

nach Bildungsniveau heterogenen Fokusgruppen eine gewisse Zurückhaltung beim Thema soziale Herkunft deutlich. Man diskutiert hier stärker über Geschlechterungleichheiten, was angesichts der breiten Zustimmung zu der Tatsache, dass Frauen* und Männer* gleich zu behandeln wären, nicht verwundert. Eine Diskussion über Geschlechterungleichheit scheint in gewisser Weise ein „sicherer Hafen“ zu sein und erregt wenig Widerspruch. Demgegenüber scheint es in nach Bildungsniveau homogenen Fokusgruppen leichter möglich, auch über klassenbezogene Ungleichheiten zu diskutieren, da hier schneller Einigkeit über diese Formen der Ungleichheiten herrscht (geteilte Lebenswelt bzw. geteilter Sozialraum, ähnliche Prägung und ähnlicher Habitus).

Es zeigt sich weiters, dass Ohnmachtsgefühle vermehrt in Gruppen mit niedriger formaler Bildung diskutiert werden. Sowohl Gefühle der Ideenlosigkeit als auch eine große Umsetzungsskepsis werden in Gruppen mit niedriger formaler Bildung quantitativ wie qualitativ am intensivsten artikuliert. Diese Beobachtung deckt sich mit Ergebnissen aus der Wahl- und Demokratieforschung, wonach mit einem niedrigen sozialen Status eine höhere politische Apathie einhergeht (Ehs/Zandonella 2021; Zandonella 2020). Umgekehrt weisen Befunde darauf hin, dass Menschen mit formal höheren Bildungsabschlüssen stärker zu (parteipolitisch) linken Positionen tendieren. Sie zeigen allerdings auch, dass einige Personen mit formal hohen Bildungsabschlüssen durch strukturkonservatives Wahlverhalten auffallen und somit nicht von einer generellen Regel gesprochen werden kann (Kritzinger et al. 2013; Einblicke geben auch die Solidaritätskonfigurationen bei Altreiter et al. 2019). Im vorliegenden empirischen Material zeigt sich bei den wenigen Personen mit hohen Bildungsabschlüssen, die Ohnmachtsgefühl artikulieren, jedenfalls kein interpretierbares Muster.

5. Schlussfolgerungen

Ziel unserer Studie war es, hinter die prozentuell so hohe Zahl an gesellschaftlicher Zustimmung zu Aussagen wie „Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu groß“ zu blicken und sich zu fragen: Warum stimmen so viele Menschen in Österreich diesen Aussagen zu, und welche Folgen hat diese Zustimmung beispielsweise für die Konsensfindung bei den Maßnahmen zur Ungleichheitsreduktion? Dafür haben wir uns mithilfe von Fokusgruppen mit den unterschiedlichen Deutungen sozialer Ungleichheit auseinandergesetzt.

Grundsätzlich zeigt sich, dass sozioökonomische Ungleichheitsstrukturen im Alltagswissen der Teilnehmer:innen fest verankert sind. Die in den Items formulierten

Aussagen sind auch so offen formuliert, dass die Diskussionsteilnehmer:innen eine sehr große Bandbreite an Themen mit ihnen assoziieren. Irgendein Aspekt der (Einkommens-)Ungleichheit erscheint quasi allen Teilnehmer:innen als „zu groß“. Dies erklärt wohl die konstant über 80 % liegende Zustimmung zu den Items in größeren Meinungsumfragen, wie dem ISSP.

Diese große Bandbreite an assoziierten Themen könnte für weitere Diskussionen rund um die Konstruktvalidität der Items relevant sein: Was kann ein Item, das bei unterschiedlichen Personen höchst unterschiedliche Assoziationen und Deutungen sozialer Ungleichheit hervorruft, überhaupt messen? Insbesondere die Aussage „Die Einkommensunterschiede in Österreich sind zu hoch“ scheint vor allem ein grobes Ungleichheitsgefühl in der Bevölkerung zu messen, das sich auch nicht nur eng auf Fragen der Einkommensungleichheit per se bezieht. So werden nicht nur Ungleichheitsaspekte, die sich unmittelbar auf das Einkommen beziehen, mit der Aussage assoziiert. Von unseren Diskussionsteilnehmer:innen werden oftmals auch auch breitere, soziale Ungleichheiten als Referenzfolien herangezogen (z. B. Geschlechter- oder Vermögensungleichheiten sowie Differenzen zwischen städtischen und ländlichen Räumen). Es geht den Teilnehmer:innen auch nicht nur um Ungleichheiten, d. h. um Relationen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, sondern durchaus auch um individuelle Bedarfe, wie die nötige Deckung von Lebenshaltungskosten.

Überraschend sind aus unserer Sicht sowohl die Prominenz von genderspezifischen Einkommensungleichheiten als auch die große Einigkeit, die hierüber herrschte. Genderspezifische Einkommensungleichheiten werden in allen Fokusgruppen, vielfach sogar als erste Assoziation, diskutiert und außer Streit gestellt. Dass es per se keine Unterschiede zwischen Frauen* und Männern* gibt, scheint gesellschaftlich quasi unumstritten. Unterschiede in den Deutungsmustern zeigen sich erst, wenn man etwas tiefer gräbt und beispielsweise nach den Gründen für die ungleiche Bezahlung von Frauen* und Männern* fragt – Stichwort (un)freiwillige Teilzeitarbeit, Bedeutung von unbezahlter Care-Arbeit.

Wie bereits in vielen vorhergehenden Studien zeigt sich auch in unserer Studie die Dominanz des Leistungsprinzips für die Bewertung sozialer Ungleichheit. Die Definitionen und Grenzen von „Leistung“ sind allerdings hart umkämpft. Das Leistungsprinzip wird einerseits genutzt, um bestehende Ungleichheiten zu legitimieren, andererseits aber auch, um sie zu problematisieren. Während Einkommensungleichheiten durch unterschiedliche Bildungsabschlüsse oder Verantwortungen graduell als gerecht kategorisiert werden, werden (teilweise) ebenfalls unter Rückgriff auf das Leistungsprinzip der Gender-Pay-Gap oder ungleiche innerbetriebliche

wie branchenspezifische Gehaltsschemata delegitimiert. Damit bietet das Leistungsprinzip durchaus auch Chancen, um bislang gesellschaftlich nicht eingelöste Gerechtigkeitsansprüche einzufordern. Das zeigt sich auch bei der Bewertung hoher Einkommen, die von den Teilnehmer:innen als nicht mehr (nur) mit der „Leistung“ der Personen erklärbar beschrieben werden.

Das Unbehagen über „zu hohe“ Einkommen bleibt in den Diskussionen allerdings meist dumpf, und Legitimationsversuche (mehr Verantwortung, mehr vorangegangenes „Investment“ z. B. in Bildung, eine geringe Work-Life-Balance) dominieren auch hier. Dies mag daran liegen, dass die Hintergründe der ungleichen Bezahlung kaum infrage gestellt werden. Weiters besteht kaum Hoffnung auf Veränderung. Das Ausmaß der in den Fokusgruppen geäußerten Ohnmachtsgefühle ist groß. Viele Teilnehmer:innen wissen nicht (mehr), an welchen Schrauben man drehen könnte, um die Ungleichheit zu reduzieren. Selbst wenn Vorschläge wie ein höherer Mindestlohn oder eine Vermögensbesteuerung thematisiert werden, wird kaum an ihre Umsetzbarkeit geglaubt. Es herrscht eine tiefe Staats- und Elitenskepsis vor, insbesondere bei Personen mit niedriger formaler Bildung.

Unsere Studie zeigt ferner eine gewisse Fluidität von Ungleichheitseinstellungen. Einstellungen sind eben nichts Fixes, sondern werden in sozialen Kontexten produziert und reproduziert. Am augenscheinlichsten wird diese Beobachtung beim inkonsistenten Antwortverhalten von immerhin einem Drittel der Teilnehmer:innen. Diese Beobachtung legt weiteren Forschungsbedarf offen.

Zu guter Letzt wurde ein Phänomen deutlich, das wir vorläufig als „Reden über andere“ bezeichnen. Hiermit soll ein Handlungsmuster beschrieben werden, in dem auf vermeintliches Alltagswissen (z. B. Erzählungen über nicht persönlich bekannte bzw. weit entfernte Dritte etc.) oder abstraktes Bücherwissen anstelle von unmittelbaren persönlichen Erfahrungen zurückgegriffen wird. Diese Beobachtung ist auch zutreffend für Personen, die Ungleichheiten am eigenen Leib erfahren haben. Statt von ihren Erfahrungen zu erzählen, nehmen sie entweder wenig an der Diskussion teil, oder es dominieren Anekdoten über Personen, von denen sie gehört haben, dass sie Ungleichheit erfahren haben. Der große Vorteil der Gruppendiskussion, die Bildung kollektiver Einstellungen über gruppenspezifische Prozesse alltagsnah nachvollziehen zu können, sowie der zeitliche Rahmen können hierbei limitieren (Lamnek/Krell 2016; Vogl 2022). Denn in einer relativ fremden Gruppe kann es – etwa zum Schutz des Selbstwerts – leichter sein, von fremden als von eigenen, häufig schambehafteten Ungleichheitserfahrung zu erzählen. In Hinblick darauf, wie Diskurse über Ungleichheit geführt und interpretiert bzw. welche Wissensbestände als legitim erfahren werden, scheint eine genauere Untersuchung des Phänomens

jedoch nicht nur grundlagentheoretisch lohnenswert. Auch realpolitisch ist es von immenser Bedeutung, welche Wissensbestände ignoriert oder als gesellschaftlich (il)legitim betrachtet werden (Zandonella 2020).

LITERATURVERZEICHNIS

Adriaans, Jule/Eisnecker, Philipp/Liebig, Stefan (2019). Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. DIW Wochenbericht 45/2019. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.696451.de/publikationen/wochenberichte/2019_45/gerechtigkeit_im_europaeischen_vergleich_verteilung_nach_bedarf_und_leistung_in_deutschland_besonders_befuerwortet.html (abgerufen am 27.01.2023).

Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Papouschek, Ulrike/Schindler, Saskja/Schönauer, Annika (2019). Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft. Wien, Promedia.

Barnes, Lucy (2015). The size and shape of government: preferences over redistributive tax policy. *Socio-Economic Review* 13 (1), 55–78.

Barnes, Lucy (2022). Taxing the rich: public preferences and public understanding. *Journal of European Public Policy* 29 (5), 787–804.

Becker, Rolf/Hadjar, Andreas (2011). Meritokratie – Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften. In: Rolf Becker (Hg.). *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden, VS Springer, 37–62.

Bourdieu, Pierre (1985). Sozialer Raum und „Klassen“. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1987). Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Breuer, Franz/Muckel, Petra (2016). Reflexive Grounded Theory – Die Fokussierung von Subjektivität, Selbstreflexivität und Kreativität des/der Forschenden. In: Christoph Hohage/Claudia Equit (Hg.). *Handbuch Grounded Theory: Von der Methodologie zur Forschungspraxis*. Weinheim/Basel, Beltz Juventa, 67–85.

Bucca, Mauricio (2016). Merit and blame in unequal societies: Explaining Latin Americans' beliefs about wealth and poverty. *Research in Social Stratification and Mobility* 44, 98–112.

Clarke, Adele E. (2011). Von der Grounded-Theory-Methodologie zur Situationsanalyse. In: Günter Mey/Katja Mruck (Hg.). *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden, VS Springer, 207–229.

Corbin, Juliet/Strauss, Anselm (1990). Grounded Theory Research: Procedures, Canons and Evaluative Criteria. *Zeitschrift für Soziologie* 19, 418–427.

Corbin, Juliet/Strauss, Anselm (2014). Basics of qualitative research: techniques and procedures for developing grounded theory. Los Angeles, SAGE.

Dörre, Klaus (2023). Die demobilisierte Klassengesellschaft. Begriffe, Theorie, Analysen, Politik. Projekt Klassenanalyse Jena, Band 1. Frankfurt/Main, Campus.

Ehs, Tamara/Zandonella, Martina (2021). Different Class Citizens: Understanding the Relationship between Socio-economic Inequality and Voting Abstention. *Politics in Central Europe* 17 (3), 525–540.

Flick, Uwe (2022). Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.). *Handbuch der empirischen Sozialforschung*. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, Springer VS, 533–547.

Gijsberts, Mérove (2002). The Legitimation of Inequality in State-Socialist and Market Societies. *Acta Sociologica* 45, 269–285.

Hadjar, Andreas (2008). Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion. Wiesbaden, VS Springer.

- Hofmann, Julia/Marterbauer, Markus/Schnetzer, Matthias (2020).** Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 201. Wien, AK Wien.
- Hülle, Sebastian/Liebig, Steffen/May, Meike (2018).** Measuring Attitudes Toward Distributive Justice: The Basic Social Justice Orientations Scale. *Social Indicators Research* 136 (2), 663–692.
- Janmaat, Jan (2013).** Subjective inequality: A review of international comparative studies on people's views about inequality. *European Journal of Sociology* 54, 357–389.
- Kluegel, James/Smith, Eliot (1981).** Beliefs about stratification. *Annual Review of Sociology* 7, 29–56.
- Kritzinger, Sylvia/Zeglovits, Eva/Lewis-Beck, Michael S./Nadeau, Richard (2013).** The Austrian Voter. Göttingen, V&R Unipress.
- Lamnek, Siegfried/Krell, Claudia (2016).** Qualitative Sozialforschung. Weinheim, Beltz.
- Lamont, Michèle (1992).** Money, morals, and manners: the culture of the French and the American upper-middle class. Chicago, Univ. of Chicago Press.
- Lamont, Michèle (2002).** The dignity of working men: morality and the boundaries of race, class, and immigration. Cambridge, Harvard University Press.
- Lamont, Michèle/Beljean, Stefan/Clair, Matthew (2014).** What is missing? Cultural processes and causal pathways to inequality. *Socio-economic review* 12, 573–608.
- Lamont, Michèle/Molnár, Virág (2002).** The Study of Boundries in Social Science. *Annual Review of Sociology* 28, 167–195.
- McCall, Leslie (2013).** The Undeserving Rich: American Beliefs about Inequality, Opportunity, and Redistribution. Cambridge, Cambridge University Press.
- Melchior, Josef/Schürz, Martin (2015).** Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich – Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit. *Wirtschaft und Gesellschaft* 41 (2), 199–234.
- Mijs, Jonathan/Daenekindt, Stijn/de Koster, Willem/van der Waal, Jeroen (2022).** Belief in Meritocracy Reexamined: Scrutinizing the Role of Subjective Social Mobility. *Social Psychology Quarterly* 85 (2), 131–141.
- Moore, Tom/McKee, Kim/McLoughlin, Pauline (2015).** Online focus groups and qualitative research in the social sciences: their merits and limitations in a study of housing and youth. *People, Place and Policy* 9 (1), 17–28.
- Neckel, Sighard/Dröge, Kai/Somm, Irene (2008).** Das umkämpfte Leistungsprinzip. In: Kai Dröge/Kira Maars/Wolfgang Menz (Hg.). *Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft*. Berlin, Nomos, 41–56.
- Pachucki, Mark A./Pendergrass, Sabrina/Lamont, Michèle (2007).** Boundary processes: Recent theoretical developments and new contributions. *Poetics* 35, 331–351.
- Robinson, Robert/Bell, Wendell (1978).** Equality, success, and social justice in England and the United States. *American Sociological Review* 43, 125–143.
- Rosanvallon, Pierre (2013).** Gesellschaft der Gleichen. Hamburg, Hamburger Edition.
- Sachweh, Patrick (2010).** Deutungsmuster sozialer Ungleichheit: Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung. Frankfurt am Main, Campus.
- Sachweh, Patrick (2011).** Unvermeidbare Ungleichheiten? Alltagsweltliche Ungleichheitsdeutungen zwischen sozialer Konstruktion und gesellschaftlicher Notwendigkeit. *Berliner Journal für Soziologie* 21, 561–586.
- Santhosh, Lekshmi/Rojas, Juan C./Lyon, Patrick G. (2020).** Zooming into Focus Groups: Strategies for Qualitative Research in the Era of Social Distancing. *ATS Scholar* 2 (2), 176–184.
- Schröder, Frank/Schmidtke, Oliver (2021).** Replik auf den Diskussionsanstoß zu „Gütekriterien qualitativer Sozialforschung“ von Jörg Strübing, Stefan Hirschauer, Ruth Ayas, Uwe Krähnke und Thomas Scheffer. *Sozialer Sinn* 22 (1), 261–286.

Schürz, Martin/Schmidbauer, Ingrid (2009): Paris Hilton oder Christl Stürmer: Ergebnisse von Gruppendiskussionen zu Bildern des Reichtums. In: Peter Mooslechner/Vanessa Redak/Martin Schürz/Elisabeth Springler (Hg.). Auf der Suche nach dem Selbst. Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft. Marburg, Metropolis Verlag, 163–180.

Seidl, Conrad (2023). Ungleichheit ist die größte, neuerlicher Lockdown die geringste Sorge. Der Standard vom 01.01.2023. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/2000142155422/ungleichheit-ist-die-groesste-neuerlicher-lockdown-die-geringste-sorge?ref=article> (abgerufen am 18.01.2023).

Small, Mario Luis/McCrory Calarco, Jessica (2022). Qualitative literacy: a guide to evaluating ethnographic and interview research. Oakland, University of California Press.

Sonntag, Nico (2023). Viele Vorschläge zur Güte. Zeitschrift für Soziologie 52 (1), 7–25.

Stewart, David W./Shamdasani, Prem (2017). Online Focus Groups. Journal of Advertising 46 (1), 48–60.

Strauss, Anselm (1987). Qualitative Analysis For Social Scientists. Cambridge, Cambridge University Press.

Strübing, Jörg (2021). Grounded Theory: Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils. Wiesbaden, VS Springer.

Strübing, Jörg/Hirschauer, Stefan/Ayaß, Ruth/Krähnke, Uwe/Scheffer, Thomas (2018). Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß. Zeitschrift für Soziologie 47, 83–100.

Summers, Kate/Accominotti, Fabien/Burchardt, Tania/Hecht, Katharina/Mann, Elizabeth/Mijs, Jonathan (2022). Deliberating Inequality: A Blueprint for Studying the Social Formation of Beliefs about Economic Inequality. Social Justice Research. Online verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11211-022-00389-0> (abgerufen am 18.01.2023).

Vogl, Susanne (2022). Gruppendiskussion. In: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.). Handbuch der empirischen Sozialforschung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, Springer VS, 913–919.

Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2016). Reichtum – Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich. AK Working Paper Reihe Nr. 153. Wien, AK Wien.

Zandonella, Martina (2020). Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. In: Die Armutskonferenz/Margit Appel/Verena Fabris/Alban Knecht/Michaela Moser/Robert Rybaczek-Schwarz/Martin Schenk/Stefanie Stadlober (Hg.). Stimmen gegen Armut. Wie soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Wien, BoD-Verlag, 83–93.

DATENSÄTZE

ISSP Research Group (2017). International Social Survey Programme: Social Inequality IV – ISSP 2009. Köln, GESIS Datenarchiv. ZA5400 Datenfile Version 4.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.12777>.

ISSP Research Group (2022). International Social Survey Programme: Social Inequality V – ISSP 2019. Köln, GESIS. ZA7600 Datenfile Version 3.0.0. https://search.gesis.org/research_data/ZA7600?doi=10.4232/1.14009.

ANHANG

Auszug aus den Sozialcharakteristika der Gruppendiskussions-Teilnehmer:innen

Ge- schlecht	Alter	Einkom- men kon- sistent?	Staat konsis- tent?	Migration	Bildungs- mobil?	Bildung	Arbeitslos?	Einkommens-Aussagen
m	24	nein	nein	nein	stabil	Studium	nein	ich kann sehr gut davon leben
m	25	nein	nein	nein	stabil	Lehre	ja (5 Monate)	es reicht gerade so
m	25	ja	ja	nein	stabil	Studium	ja (3 Monate)	ich kann sehr gut davon leben
m	30	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	ja (4 Monate)	es reicht vollkommen aus
m	31	ja	ja	nein	stabil	Studium	x	ich kann sehr gut davon leben
m	36	ja	ja	nein	abwärts	Pflichtschule	nein	ich kann sehr gut davon leben
m	45	ja	ja	ja, D	aufwärts	Studium	ja (15 Monate)	es reicht gerade so
m	56	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	ja (16 Monate)	es reicht gerade so
m	57	ja	ja	nein	stabil	Lehre	ja (24 Monate)	es reicht gerade so
m	64	ja	ja	nein	aufwärts	Lehre	nein	es reicht gerade so
m	70	nein	nein	nein	aufwärts	Studium	ja (24 Monate)	es reicht gerade so
m	23	nein	nein	nein	stabil	Lehre	ja (1 Monat)	es reicht gerade so
m	24	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	nein	es reicht gerade so
m	25	ja	nein	nein	abwärts	Fach-/Handelsschule ...	ja (15 Monate)	es reicht gerade so
m	26	ja	ja	nein	abwärts	Fach-/ Handelsschule ...	ja (1 Monat)	es reicht gerade so
m	27	ja	ja	nein	stabil	AHS/BHS (mit Matura)	ja (5 Monate)	es reicht gerade so
m	28	ja	ja	ja, Vater, Drittstaat	aufwärts	Lehre + Berufsreife > Student	ja (5-6 Monate)	es reicht gerade so
m	38	ja	ja	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	nein	es reicht vollkommen aus
m	42	ja	nein	nein	stabil	Lehre	ja (11 Monate)	ich kann sehr gut davon leben
m	44	nein	ja	nein	aufwärts	Studium	ja (16 Monate)	es reicht vollkommen aus
m	45	ja	nein	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	ja (6 Monate)	es reicht gerade so
m	50	ja	ja	ja, Mutter, Drittstaat	aufwärts	Lehre	ja (16 Monate)	ich kann sehr gut davon leben
m	51	nein	nein	nein	abwärts	Pflichtschule	nein	es reicht gerade so
m	60	nein	nein	nein	stabil	Fach-/Handelsschule ...	ja (12 Monate)	ich kann sehr gut davon leben
w	23	ja	nein	ja, D	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	nein	es reicht vollkommen aus
w	29	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	ja (6 Monate)	es reicht vollkommen aus
w	29	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	x	es reicht gerade so
w	31	ja	ja	nein	stabil	Lehre	ja (1-2 Monate)	es reicht vollkommen aus
w	32	ja	ja	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	ja (8 Monate)	es reicht gerade so
w	32	ja	ja	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	nein	es reicht vollkommen aus
w	35	ja	ja	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	ja (6 Monate)	es reicht vollkommen aus
w	36	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	nein	es reicht gerade so
w	36	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	ja (4 Monate)	ich kann sehr gut davon leben

w	36	ja	ja	nein	aufwärts	Studium	ja (6 Monate)	es reicht vollkommen aus
w	37	ja	ja	ja, Mutter, EU	aufwärts	Studium	ja (6 Monate)	es reicht gerade so
w	45	nein	ja	nein	stabil	Lehre	ja (5 Monate)	es reicht nicht aus
w	46	ja	ja	nein	stabil	AHS/BHS (ohne Matura)	ja (3 Monate)	es reicht vollkommen aus
w	47	ja	ja	nein	stabil	Studium	nein	ich kann sehr gut davon leben
w	48	ja	ja	nein	stabil	Fach-/Handelsschule ...	nein	es reicht gerade so
w	50	ja	ja	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	ja (36 Monate)	es reicht gerade so
w	54	ja	ja	nein	stabil	Fach-/Handelsschule ...	nein	es reicht gerade so
w	55	ja	ja	nein	abwärts	Fach-/Handelsschule ...	ja (12 Monate)	es reicht nicht aus
w	55	ja	nein	nein	stabil	Fach-/Handelsschule ...	nein	ich kann sehr gut davon leben
w	57	nein	nein	nein	stabil	Fach-/Handelsschule ...	nein	ich kann sehr gut davon leben
w	58	ja	ja	nein	stabil	Lehre	ja (24 Monate)	es reicht gerade so
w	58	ja	ja	nein	stabil	Studium	ja (5 Monate)	es reicht gerade so
w	59	ja	ja	nein	stabil	Fach-/Handelsschule ...	ja (7 Monate)	es reicht gerade so
w	63	nein	nein	nein	aufwärts	AHS/BHS (mit Matura)	ja (6 Monate)	es reicht gerade so

Quelle: eigene Darstellung